

Protest ohne Prinzipien

Was Europas Populisten wollen und wie wir damit umgehen sollten

Früher kamen und gingen sie, heute kommen sie und bleiben. Ignorieren lassen sich Europas Politgrobiane nicht mehr. Doch ihre Reaktionen auf das Brexit-Referendum zeigen: Wenn „das Volk“ etwas mag, geben sie die Opposition schnell auf. Höchste Zeit für die EU, ihren Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen: indem sie flexibler, liberaler, experimenteller wird.

Dass im öffentlichen Umgang mit ihnen etwas nicht stimmt, macht schon das Wort deutlich, das sie bezeichnen und charakterisieren soll: Populisten. Es ist eine Hilfsbezeichnung, eine Verlegenheitslösung. Sie ist bekanntlich vom lateinischen *populus* (Volk) hergeleitet. Zwar ist „das“ Volk wahrlich kein Garant für politische Umsicht: Das Land, in dem es unumschränkt herrschte, wäre ein furchtbarer Ort. Was aber – so hat es etwa der ehemalige AfD-Politiker Konrad Adam oft gesagt – soll falsch daran sein, wenn Politiker und Parteien aufs Volk und seine Meinungen achten und versuchen, ihnen, wenn auch vermittelt, gerecht zu werden?

Natürlich nichts. Und deswegen sind Populisten nicht hinreichend gekennzeichnet, wenn man sie nur Populisten nennt. Was an ihnen stört und erschrecken lässt, ist ja nicht der Umstand, dass sie den gemeinen Bürgern zuhören (was sie im Übrigen oft gar nicht tun). Das Problem, das wir mit ihnen haben, liegt darin, dass sie keine tragfähigen Ideen zur Lösung politischer Probleme bieten können.

Eine andere, eine bessere Bezeichnung wäre dringend nötig – ist aber schwer zu finden. Sie sind die Angstmacher, die Einfachen, die Hassbürger, in Deutschland die Dunkeldeutschen: Aber alle diese Worte treffen nur Teilaspekte. Am ehesten noch könnte man sie politische Grobiane nennen – klänge das nicht zu harmlos und zu positiv. Denn das Wort erinnert vor allem an die lange Tradition der grobianischen Literatur, an Johann Fischarts „Narrenschiff“ oder François Rabelais’ „Gargantua und Pantagruel“, also an Werke der Lebensfülle, nicht der wutbürgerlichen Enge und Verdrießlichkeit. Also bleiben wir, wenig überzeugt, bei der noch gängigen Münze: bei den Populisten.

Man kann sie nicht mehr einfach abtun. Wie die folgenden Länderartikel belegen – die sich leicht um weitere über Österreich, Deutschland, Polen, die Slowakei, Belgien und etliche weitere Staaten ergänzen ließen –, sind die po-

litischen Populisten längst ein allgemeineuropäisches Phänomen, und zwar ein ziemlich fest etabliertes. Es gibt rechts- und linksradikale Populisten; ob sie der Nation oder dem Internationalismus huldigen, allesamt sind sie ethnische oder soziale Nationalisten (Letzteres beweist zurzeit nachdrücklich ein bestimmter Teil der deutschen Linkspartei). Auf eine schwer nachvollziehbare Weise glauben sie ernsthaft, dass alle Probleme besser lösbar wären, wenn nur die Grenzen der herkömmlichen Nationalstaaten wieder in ihr altes Recht eingesetzt würden.

Dennoch wäre es ein beträchtliches Missverständnis, in ihnen generell Wiedergänger des völkischen, das parlamentarische System rundweg ablehnenden Radikalismus der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu sehen. Was nicht heißt, dass die heutigen Populisten – siehe AfD oder die Goldene Morgenröte in Griechenland, um nur zwei Beispiele zu nennen – nicht auch rabiat und völkisch sein könnten. Der Quell, aus dem sie schöpfen, kann sehr wohl der alte sein, und es gibt unter ihnen Einzelne, die „das System“ aus den Angeln heben möchten.

Dennoch fällt, verglichen mit damals, ein kapitaler Unterschied auf: Die Populisten betreten heute eine politische Landschaft, die trotz aller Verwerfungen und strukturellen Krisen ungleich gefestigter ist als die politische Landschaft Europas vor 80 oder 90 Jahren. Die Demokratien Europas wanken und bröckeln nicht; sie verfügen über ein im Durchschnitt durchaus fähiges politisches Personal; und die Bürger halten in ihrer großen Mehrheit – und zwar weit in die Reihen dieser Politgrobane hinein – sowohl die Demokratie wie die Europäische Union für nützliche Erfindungen.

Weil das schon länger so ist, sind die Populisten regelmäßig gescheitert, nachdem es ihnen gelungen war, genügend Stimmen auf sich zu versammeln, um in Volksvertretungen einzuziehen. Über kurz oder lang wurde deutlich, dass das, was sie zu sagen haben, und das, was in Parlamenten erforderlich ist, nicht zusammenpasst. Diese Politgrobane wurden abgestoßen: durch Implosion oder Abwahl. Diese Spur ist lang – sie reicht vom postfaschistischen Movimento Sociale Italiano (1946 gegründet) über die 1972 gegründete Fortschrittspartei des dänischen Anti-Steuer-Rebellen Mogens Glistrup bis zu den deutschen Republikanern (1983 gegründet), die immerhin zwei Legislaturperioden lang im Stuttgarter Landtag vertreten waren. Staat und Gesellschaft sind fast überall in Europa zu stark, als dass die Totalvereinfacher die Kraft hätten und die Chance bekämen, die Gemeinwesen in ihren Grundfesten zu erschüttern.

Und doch ist heute – verglichen mit den vielen inzwischen golden erscheinenden Zeiten des Kalten Krieges – etwas anders. Dessen Ende bedeutete auch die „Rückkehr der Geschichte“. Und dies hat es den Populisten im Verlauf von zwei Jahrzehnten ermöglicht, ihre Bewegungen und Parteien halbwegs zu verstetigen. Früher kamen und gingen sie. Das tun sie heute zum Teil noch immer. In wachsendem Maße aber kommen sie und bleiben. Verschwindet die eine Formation, bildet sich bald eine neue. Die eine gibt sich links, die andere national, die dritte antiautoritär, die vierte sozialstaatlich und die fünfte ausländergefährlich – meist kommt dies alles in jeder von ihnen in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen zusammen.

Es scheint inzwischen überall in Europa einen hinreichend großen Teil der Bevölkerung zu geben, dem irgendetwas grundsätzlich nicht behagt und der einen politischen Gemeinschaftsraum sucht, in dem er mit diesem Unbehagen nicht mehr allein ist. Zuweilen ist dieses Segment der Bevölkerung sogar so groß, dass es gleich für zwei parlamentarisch repräsentierte Gruppierungen reicht: etwa in Italien mit seiner bierernsten und bösertigen Lega Nord und dem Movimento Cinque Stelle des Komikers Beppe Grillo, das zwischen rabiatem Nihilismus und Graswurzelgemeinsinn oszilliert.

Das Unbehagen, das der Sprit der grobianischen Bewegungen und Parteien ist, hat viele Gründe: zu viele Ausländer, zu viel Veränderung; zu wenig soziale und sonstige Sicherheit; tatsächliche oder eingebildete Unterprivilegierung; das bohrende Gefühl, nicht gehört, nicht ernst genommen zu werden; der als Gewissheit auftretende Verdacht, in einer medial dominierten Welt nicht vorzukommen und von den Meinungsmachern verhöhnt zu werden.

Das alles kumuliert in dem heftigen Eindruck, „fremd im eigenen Land“ zu sein. Obwohl viele derer, die so empfinden, ihren festen und unbestrittenen Platz im Gemeinwesen haben, lassen sie sich kaum ihre Überzeugung ausreden, als schweigende Mehrheit konstant ausgegrenzt zu werden. Es schwingt da Verzweiflung ebenso mit wie eine wutgetriebene Verliebtheit in die Selbstmarginalisierung. Wer einmal einer solchen Verzerrungsversammlung beige-wohnt hat, weiß, dass hier mit Argumenten wenig auszurichten ist.

Das macht den Umgang mit diesen Strömungen so schwierig. Es hat sich längst die Überzeugung eingebürgert, dass man den Populisten nicht nachgeben, dass man ihnen nicht entgegenkommen darf. Denn das würde sie adeln, wür-

de ihre ungenauen Gefühle und ihre Ressentiments zu Argumenten „aufwerten“, sie also stärken. Ihnen nur Verachtung und Kampfbereitschaft entgegenzubringen, hilft aber offenkundig auch nicht. Denn beides beeindruckt sie nicht, ruft sie nicht zur Räson, schüchtert sie nicht ein – sondern macht sie ebenfalls stärker.

Um aus diesem Dilemma herauszufinden, hat man eine Formel, eine Faustregel erfunden. Man müsse, heißt es, das subjektive Gefühl der Heimatlosigkeit, das diese Populisten haben, ernst nehmen – dürfe aber keinesfalls ihren Forderungen nachgeben. Dieser scheinpädagogische Umgang mit den Grobianen hat einen großen Haken: Er kann zu nichts führen. Zwar wird hin- und zugehört; aber gewissermaßen unter Umgehung all dessen, was diese Grobiane meinen. Man nimmt die Populisten ernst, ohne sie ernst zu nehmen. Damit kann man präsidentiale Reden bestreiten, nicht aber die Wirklichkeit.

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

Dabei ist längst leicht zu erkennen, wie ein kluger Umgang mit dem politischen Populismus aussehen könnte. Er selbst weist vielerorts in Europa den Weg – und zwar mit seiner Lernfähigkeit. Es geht ihm heute zumeist nicht ums Prinzip, sondern um den Erfolg. Sieht man von der Minderheit der ganz Verbohrten in den Reihen der Populisten ab, lassen sie zumeist von allem schnell die Finger, was ihnen schaden könnte: Wenn „das Volk“ etwas mag, geben sie die Opposition dazu schnell auf.

Man kann das gut an ihren Reaktionen auf die Entscheidung der Briten erkennen, die Europäische Union zu verlassen. In etlichen Staaten der EU reagierten die Populisten keineswegs – wie viele erwarteten – begeistert auf das britische Votum, sie bekamen es vielmehr mit der Angst zu tun. Denn es ist eine Sache, sein Mütchen im großen Resonanzraum des Nein zu kühlen; eine andere Sache aber, das Nein in die Tat umzusetzen und dann mit deren wirklichen Folgen leben zu müssen. Da schreckt mancher dann zurück.

Etwa der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, wohl der begabteste unter Europas Populisten und ihr geheimer Bandleader. Seit Jahren lässt er keine Gelegenheit aus, die EU herabzusetzen, zum Monstrum zu erklären und als eine Art neue Sowjetunion zu verunglimpfen. Doch er wollte nie, dass die Briten die EU verlassen, und er beklagt deren Nein seit dem Referendum immer wieder, um zugleich zu versichern, er wolle seine Ungarn keinesfalls über einen Auszug aus der EU abstimmen lassen. So viel „Populismus“ ist selbst ihm zu viel.

Warum? Ganz einfach: Ungarn, der fünftgrößte Nettoempfänger, braucht die EU dringend. Ähnlich sieht es in skandinavischen Staaten aus, in denen es zwar relativ starke Formationen der Populisten gibt, die große Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich eines beträchtlichen Teiles ihrer Wähler, die EU aber nach wie vor mag: kein Ruf nach einem Referendum. Und Italiens Grillo-Bewegung zeigt gerade, dass reale Machterfahrungen das grobianische Potenzial schwächen: Plötzlich entdeckt sogar ein Beppe Grillo die Vorzüge der EU.

Käme nun die EU den Populisten einen kleinen, aber entscheidenden Schritt entgegen, wäre viel gewonnen. Sie müsste ihren Regulierungs- und Vereinheitlichungszwang aufgeben, müsste dem vielfach erschallenden Ruf nach Subsidiarität endlich Taten folgen lassen, müsste nicht zwei, sondern mehrere Geschwindigkeiten zulassen – was alles im Rahmen der bestehenden Verträge möglich ist. Kurz, sie müsste flexibler, liberaler, experimenteller werden und sich mehr fürs wirkliche Leben als für das eigene Regelwerk interessieren.

Der Charme dieser Entscheidung wäre ein doppelter. Sie würde erstens die dringend nötige Reform der EU auf den Weg bringen, zu der bisher aus Bequemlichkeit die Kräfte und die Truppen fehlten. Und sie würde zweitens den Populisten den Stoff ausgehen lassen, indem für alle Bürger Europas erkennbar der Beweis erbracht würde, dass die EU kein Monstrum und ihre Methode, Staaten frei aneinanderzubinden, eine ziemlich gute und nützliche Sache ist.

Und, auf der gegenüberliegenden Seite des Teichs, Donald Trump? Auch er scheint in die Rede-versus-Tat-Falle zu tappen. Je näher er der Macht kommt, desto mehr verheddert er sich in seiner eigenen Maßlosigkeit. Er wird wohl scheitern, weil er im Gegensatz zu Orbán nicht fähig ist, sich von der Wirklichkeit belehren zu lassen. Siegte er dennoch, müssten wir allerdings über die seltsam

altmodischen und grobianischen Vereinigten Staaten von Nordamerika noch einmal neu nachdenken.

Thomas Schmid ist Publizist und war Chefredakteur und Herausgeber der Welt-Gruppe. Sein Buch „Europa ist tot, es lebe Europa!“ erscheint am 12. September im Verlag C. Bertelsmann.

FRANKREICH

Die Fäuste fliegen

Die Freude war groß bei Frankreichs Links- wie Rechtspopulisten, als das Ergebnis des Brexit-Referendums bekannt wurde. Doch während man beim Front de Gauche auf einen Umbau der EU hofft, bereitet der Front National den Austritt vor.

Zwei Fäuste, von europäischen Sternen umringt, befreien sich von ihren Ketten. Ein einfach zu verstehendes Bild, dazu eine eindeutige Nachricht: „Brexit, und jetzt Frankreich!“ Das Ergebnis des britischen Referendums war gerade bekannt, schon präsentierte der Front National sein neues Plakat, um die alte Forderung nach einem Austrittsreferendum im eigenen Land zu wiederholen.

Keine Frage: In der rechtsradikalen Partei ist das „No“ der Briten zur EU Grund zum Jubeln. Parteichefin Marine Le Pen sprach in triumphierendem Ton von einem „Sieg der Freiheit“. In einem regelrechten Pressemarathon – sie veröffentlichte sogar einen Gastbeitrag in der *New York Times* – feierte sie in der folgenden Woche die britische Entscheidung, die den Weg für ein „freies und souveränes“ Frankreich öffnen solle. Auch ihre Nichte Marion Maréchal-Le Pen, eine der beiden FN-Abgeordneten der französischen Nationalversammlung, sieht den Brexit als Ermutigung für das französische Volk, sich vom Joch Brüssels und Berlins zu befreien: „Jetzt ist es an der Zeit, die Demokratie in unser Land zu importieren. Die Franzosen haben ein Recht auf freie Wahl.“

Keine andere Partei verfolgte die Brexit-Kampagne mit größerer Aufmerksamkeit als der Front National; doch auch der Front de Gauche am linken Rand des politischen Spektrums freut sich über das Ergebnis. Die Linksradi-kalen warnen zwar vor dem Aufleben des Nationalismus in Europa und hüten sich davor, das – erzkonservativ dominierte – Leave-Lager zu unterstützen. Aber auch sie argumentieren mit der Souveränität der Völker Europas und begrüßen es, wenn sich das Kräfteverhältnis gegenüber der EU und gegenüber Deutschland verändert. Im Unterschied zum FN erhoffen sie sich keinen Austritt Frankreichs aus der EU, sondern einen Bruch mit dem „Europa der Privilegierten“, so Parteichef Jean-Luc Mélenchon.

Die Rhetorik der Populisten von links und rechts mag ähnlich klingen, doch verbergen sich dahinter unterschiedliche Europa-Vorstellungen. Für den Front de Gauche ist ein Austritt aus der EU wie aus der Euro-Zone keine Wunschvorstellung. Gegründet 2008 als Reaktion auf den Lissabonner Vertrag, setzt die Wahlplattform vielmehr auf einen tiefgreifenden Umbau der EU und auf die Schaffung eines sozialen Europas.

Dazu gehören die Abschaffung aller EU-Verträge und die Neugründung der Währungsunion. Die Forderungen unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denjenigen der deutschen Partei Die Linke.

Viel radikaler zeigt sich der Front National. Sollte Marine Le Pen Staatspräsidentin werden, will sie innerhalb von sechs Monaten ein Referendum über den EU-Austritt Frankreichs organisieren. Die Zwischenzeit will sie dazu nutzen, um mit Brüssel die Rückkehr zur vollen Souveränität des Landes auszuhandeln. In der rechtsradikalen Idealwelt soll Frankreich die Kontrolle über seine Grenzen und seine Währung zurückbekommen, also sowohl den Schengen-Raum als auch die Euro-Zone verlassen. Außerdem soll es seinen EU-Nettobeitrag auf Null reduzieren und freie Hand in der Wirtschaftspolitik haben, um einen „klugen Protektionismus“ betreiben zu können. Nationales Recht soll Vorrang vor dem Gemeinschaftsrecht haben. Für die Koordinierung solcher Verhandlungen soll ein neugegründetes „Ministerium der Souveränitäten“ zuständig sein.

Ob der Front National im Falle eines Wahlsiegs diese harte Linie durchziehen würde, ist schwer zu beurteilen. Die innerparteiliche Diskussion ist zwar ausdifferenzierter als öffentlich dargestellt, aber die Vertreter einer anderen Politik – wie die Befürworter eines Verbleibs in der Euro-Zone – sind völlig marginalisiert. Im Europaparlament, wo der Front National 24 der 74 Abgeordneten aus Frankreich stellt, ist die Partei jedenfalls nicht dafür bekannt, sich für ein anderes Europa zu engagieren.

In manchen Entschließungsanträgen, die ihre Vertreter einreichen, geht es zwar um die Auflösung der Euro-Zone oder um den Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien und der Türkei. Aber die meiste Zeit machen sich die FN-Abgeordneten vor allem durch einen Sündenbock-Diskurs bemerkbar, indem sie die EU für alles Übel in dieser Welt verantwortlich machen, ohne aber Lösungen vorzuschlagen.

Der Europa-Diskurs des FN ist heute nicht mehrheitsfähig. Laut einer Umfrage, die kurz nach dem britischen Referendum geführt wurde, sprechen sich 45 Prozent der Franzosen für einen Verbleib Frankreichs in der EU aus und 33 Prozent dagegen. Doch auch wenn die „Frexit“-Anhänger in der Minderheit bleiben, bilden sie eine nicht unerhebliche Größe, die die Diskussion der kommenden Monate beeinflussen wird. Die Parteien werden umso stärker diese Zweifel und Ängste aufgreifen, da zurzeit ganz allgemein keine Begeisterung für das Europa-Projekt herrscht. Auf die Frage nach der besten Reaktion auf den Brexit appelliert eine klare Mehrheit der Franzosen für mehr Selbstständigkeit der Nationen gegenüber der EU; nur ein Viertel der Befragten wünscht sich einen neuen Integrationsschritt.

Dr. Claire Demesmay leitet das Programm Frankreich/ deutsch-französische Beziehungen im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

NIEDERLANDE

Wilders Westen

Die Brexit-Entscheidung war Wasser auf die Mühlen der niederländischen Rechtspopulisten. Droht der „Nexit“? Noch fehlt die Rechtsgrundlage für ein Referendum. Doch die Dynamik, die es auslösen könnte, wäre kaum zu kontrollieren.

Geert Wilders hatte seinen Spaß am 24. Juni. „Jetzt sind wir an der Reihe“, twitterte der niederländische Rechtspopulist sofort nach Bekanntwerden des britischen Ergebnisses. Auch in seinem Land müsse jetzt das EU-Austrittsreferendum kommen, das er schon lange fordert. „Großbritannien weist Europa den Weg in Richtung Zukunft und Befreiung. Es ist Zeit für einen Neustart, im Vertrauen auf die eigene Kraft und Souveränität.“

Einen solch triumphierenden Ton schlägt Wilders zwar immer an, doch inzwischen hat er einigen Grund dafür. Seine Partei für die Freiheit (PVV) liegt seit fast einem Jahr konstant und deutlich auf Platz eins der Umfragen. Eine Mehrheit der immer europakritischer werdenden Niederländer möchte gerne über einen EU-Austritt abstimmen. Derzeit würden sich laut einer Umfrage 48 Prozent für einen Nexit aussprechen, 43 Prozent dagegen. Beim Referendum über das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine haben die EU-Kritiker im April diesen Jahres mit einem haushohen Sieg bewiesen, was sie können. Ihr eigentliches Ziel, der EU eins auszuwischen, erreichten sie so auf spektakuläre Weise. Ihre Argumente mögen schwach sein, ihre Suggestivkraft ist umso stärker.

So leicht wird es indes nicht zu einem Nexit kommen; es fehlt die rechtliche Grundlage. Mithilfe der Regelung, die die Ukraine-Abstimmung möglich gemacht hatte, lassen sich nur Referenden zu neuen Gesetzen und Verträgen abhalten. Es gibt aber Überlegungen, den irgendwann vollzogenen Ausstieg der Briten als Änderung der EU-Verträge anzusehen, die dann einem Referendum unterworfen werden könnten.

Auf eine solche Schlaumeierei wird sich Wilders aber vermutlich nicht stützen wollen. Aussichtsreicher ist das Projekt eines korrigierenden Referendums, mit dem sich die Mitgliedschaft in der EU direkt angreifen ließe. Es hängt im Parlament fest, für die nötige Verfassungsänderung fehlt in der Ersten Kammer die Zweidrittelmehrheit. Auch ein zeitlich befristetes Gesetz, wie es 2005 zur Volksabstimmung über den EU-Verfassungsvertrag führte, käme derzeit nicht zustande; ein entsprechender Antrag Wilders' wurde in der Zweiten Kammer kurz nach dem Brexit-Votum mit 124 zu 14 Stimmen abgewiesen.

Doch Mehrheiten können sich ändern, im März wird ein neues Parlament gewählt. Im Wahlkampf wird das Verhältnis zu Europa sicher eine dominierende Rolle spielen, und je besser es der britischen Regierung gelingt, den wirtschaftlichen Schaden des Brexit zu minimieren, umso stärker wird Wilders' Position bei den Wählern. Die Mitte-Parteien werden nicht nur von rechts unter Feuer geraten. In der ähnlich europakritischen und oft auch populistischen Sozialistischen Partei hat die PVV in dieser Frage einen eifrigen Mitstreiter. Die Linken

fordern zwar keinen vollständigen Austritt, aber eine stark abgespeckte EU-Mitgliedschaft; sie haben schon beim Ukraine-Referendum für ein Nein gekämpft.

Weder SP noch PVV haben es bisher in die Regierungsverantwortung geschafft, national wie lokal. Die PVV ist überhaupt erst in zwei Städten angetreten. In Almere hat sie zwar zweimal die meisten Stimmen geholt, wurde aber von der Konkurrenz blockiert.

Können die Niederländer dieser Partei, die immer wieder skandalträchtige Kandidaten in ihren Reihen hatte, überhaupt trauen? Von 2010 an schnupperte Wilders ein wenig an der Macht, als er eine Minderheitsregierung von Rechtsliberalen und Christdemokraten unter dem heutigen Ministerpräsidenten Mark Rutte duldete. Er verhalf ihr punktuell zu Mehrheiten, doch das Konstrukt platzte 2012, als ein Abgeordneter, der Wilders' „diktatorischen Führungsstil“ nicht mehr ertrug, die PVV verließ. Wilders brach das Experiment ab, in der richtigen Erkenntnis, dass er Opposition besser kann. Seither ist er noch radikaler in seinen Aussagen. Ein extrem provokanter Auftritt 2014, bei dem er seine Anhänger fragte, ob sie „mehr oder weniger Marokkaner“ im Land wollten, hat ihn politisch isoliert und als Bündnispartner unmöglich gemacht.

Politisch brächte ein Nexit-Votum die Niederlande in eine schwierige Lage. Ein proeuropäisches Kabinett, wie es derzeit regiert, könnte den Austritt nicht herbeiführen, es würde unweigerlich stürzen. Ein Ministerpräsident Wilders aber müsste, wenn er größere wirtschaftliche Schäden vermeiden wollte, eine halbwegs konstruktive Lösung für sein Land suchen.

Er werde sich jedenfalls nicht vor der Verantwortung drücken, sagt er, vielmehr habe er einen „Plan“. Der beruht nach seinen Angaben im Wesentlichen auf den Untersuchungen zweier britischer Institute, die er selbst in Auftrag gegeben hatte. Kurzfristig bestünden demnach Risiken, langfristig aber wäre der Austritt ein Gewinn und brächte jedem Niederländer ein Plus von 9800 Euro pro Jahr.

Allerdings gehen die Institute von der Annahme aus, dass es den Niederlanden problemlos gelingt, mit dem Rest der Welt vorteilhafte Handelsabkommen zu schließen – natürlich auch mit der EU. Hauptsache, man habe weiterhin Zugang zum Binnenmarkt, sagt Wilders, der offenbar auf das norwegische Modell abzielt.

Danach behielten Polen und Rumänen ihre Freizügigkeit, es bliebe bei relativ hohen Beiträgen, Den Haag müsste die EU-Gesetze fast vollständig übernehmen, ohne in Brüssel mitreden zu können. Würde der Gulden als unabhängige Währung wieder eingeführt, würde das laut Wilders zwei Jahre lang Kosten verursachen, anschließend würde sich die Sache einpendeln. Möglich wäre aber auch, „dem Euro zu folgen“, womit der Gulden zum Pseudo-Euro würde. Sicher, es könnte zu einer Kreditkrise kommen, aber die Aussicht sei gering. Sicherheitspolitisch lautet Wilders' Devise: „Raus aus Schengen, Grenzen dicht“. Muslime sollen draußen bleiben. Polizei- und Strafverfolgungsbehörden könnten außerhalb der EU kooperieren, nach dem Vorbild des Vertrags von Prüm.

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

Sieht so eine gedeihliche Zukunft für die Niederlande aus? Die anderen Parteien werden sich zusammenschließen, um einen Ministerpräsidenten Geert Wilders zu verhindern. Die Frage ist, ob das reicht. Die Dynamik, die ein verlorenes EU-Referendum auslösen würde, wäre kaum zu kontrollieren.

Thomas Kirchner ist seit 2015 EU-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung.

NORDEUROPA

Spiel mit Feuer auf kleiner Flamme

Vorsichtiger Brexit-Tourismus bei Den Finnen, Uneinigkeit bei der Dänischen Volkspartei, klarer Anti-Europa-Kurs nur bei den Schwedendemokraten: Sobald Nordeuropas Populisten an der Macht sind, geraten sie beim Thema EU ins Lavieren.

So schnell kann es gehen mit der normativen Kraft des Faktischen. Der Widerstand gegen den EU-Rettungsschirm, die Kritik an der Gemeinschaftswährung und an Brüssel generell haben die Partei Perussuomalaiset (Die Finnen, früher bekannt als Die wahren Finnen oder Basisfinnen) groß gemacht. Mit fast 18 Prozent der Stimmen gelang es ihnen nach der Wahl im April 2015 erstmals, an der Regierung beteiligt zu werden. Doch es vergingen nur wenige Monate, da ließ die Partei eine ihrer Hauptforderungen fallen und stimmte um des Koalitionsfriedens willen im Sommer 2015 für ein neues Hilfspaket für Griechenland.

Wie in Finnland, so zeigen sich in Nordeuropa auch andernorts die Rechtspopulisten kompromissbereit, sobald sie an die Macht kommen. Nach der Brexit-Abstimmung ertönt der Ruf nach EU-Austrittsreferenden dementsprechend gedämpft – schließlich ist es ein Unterschied, ob man solche Forderungen aus der Opposition heraus stellt oder sie als Teilhaber an der Macht dann womöglich umsetzen muss.

In Finnland haben Die Finnen erfahren müssen, was es für die Wählergunst heißen kann, wenn es nicht mehr darum geht, als Opposition einen reinen Ablehnungskurs zu fahren, sondern darum, als Teil der Regierung Politik mitzugestalten. Mittlerweile sind die Zustimmungswerte für die Partei drastisch gefallen; derzeit sagen nur rund 8 Prozent der Wähler, dass sie ihr die Stimme geben würden.

Womöglich auch deshalb nutzte Parteichef und Außenminister Timo Soini das Ergebnis des Brexit-Referendums für ein Spiel mit dem Feuer auf kleiner Flamme – mehr konnte er sich als Außenminister kaum herausnehmen. Er reiste bald nach der Abstimmung nach Großbritannien. Und auch wenn er betonte, diese Rei-

© REUTERS/Maxim Zmeyev

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

se als Parteichef, nicht als Regierungsmitglied unternommen zu haben, musste er sich harsche Kritik anhören. Schließlich hatte Ministerpräsident Juha Sipilä entschieden, es werde kein EU-Referendum geben. Soinis Reise nun konnte als Interesse an einer solchen Abstimmung gewertet werden – aller Dementis zum Trotz.

„Wäre er noch in der Opposition, würde das ganz anders aussehen. So aber ist er an die generell positive EU-Haltung der Regierung gebunden“, sagt der Politikprofessor Tapio Raunio von der Universität Tampere. Als kleinster Koalitionspartner muss Soinis Partei in der EU-Politik der Regierungslinie folgen. Der Parteichef hat sich aber eine Hintertür offengelassen und gesagt, dass das Thema bei der Parlamentswahl 2019 eine Rolle spielen könnte. „Womöglich hilft ihm das dann, um wieder auf mehr Stimmen zu kommen“, meint Raunio. Die Jugendorganisation von Soinis Partei will nicht so lange warten und hat eine entsprechende Unterschriftenaktion begonnen. Auch andere Abgeordnete der Partei haben sich weniger abwartend geäußert als Soini.

Lange galt die Gleichung Skandinavien = sozialdemokratisch. In Nordeuropa wurden im vergangenen Jahrhundert wesentliche Konzepte des Wohlfahrtsstaats entwickelt und erprobt. Denker wie die Myrdals und Politiker wie Per Albin Hansson legten die Grundlagen dafür, dass über Jahrzehnte die Herrschaft sozialdemokratischer Parteien im Norden Europas der Normalfall zu sein schien. Allenfalls zwischenzeitlich gelang es den Konservativen, an die Macht zu kommen – und die hatten ihrerseits einige Elemente der sozialdemokratischen Denkschule in ihr Programm übernommen.

Diese Zeiten sind passé. Nunmehr gehören die nordeuropäischen Länder mit Ausnahme Islands zu jenen, in denen die Rechtspopulisten früher als andernorts Erfolge feierten und an die Macht gekommen sind. Derzeit wird nicht nur Finnland, sondern seit Oktober 2013 auch Norwegen von einer Koalition unter Beteiligung einer rechtspopulistischen Partei regiert.

In Dänemark toleriert die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti) eine liberal-konservative Minderheitsregierung. Auch beim Nicht-EU-Mitglied Norwegen zeigt sich, dass die Rechten in Kernfragen verhandlungsbereit sind. So hat die Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet, FrP), nachdem sie an die Macht gekommen war, eine wesentliche Forderung aufgegeben und vertritt nun – wie die anderen großen Parteien schon lange – die Haltung, dass das dicke Finanzpolster des norwegischen Staates nur sparsam angezapft werden solle, um die Wirtschaft nicht aus dem Gleichgewicht zu bringen. Doch räumt FrP-Finanzstaatssekretär Paal Bjørnstad ein, dass man womöglich mehr ausgeben würde, wenn die Partei alleine regieren würde.

In Dänemark war die Dänische Volkspartei (DF), obwohl seit Juni 2015 zweitstärkste Fraktion im Parlament, bisher nicht bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Stattdessen treibt sie die konservative Minderheitsregierung unter Lars Løkke Rasmussen vor sich her.

In EU-Fragen gehört Morten Messerschmidt zu den wichtigsten Vertretern der DF. Seit mittlerweile sieben Jahren gelingt ihm der Spagat, als EU-Parlamentarier Teil des Systems und gleichzeitig einer von dessen größten – und dabei beliebtesten – Kritikern zu sein. Bei der Europawahl vor zwei Jahren

erhielt er über 465 000 Stimmen und damit so viele wie nie zuvor ein dänischer Kandidat. So ist es denn auch Messerschmidts Stimme, die besonderes Gewicht hat, wenn es darum geht, ob die DF ein Referendum nach britischem Vorbild fordern soll. Ursprünglich hatte Messerschmidt sich sogar gewünscht, dass die Briten mehrheitlich gegen den Austritt stimmen würden, nunmehr empfiehlt er, die „Ruhe zu bewahren“. Der EU-politische Sprecher der Partei dagegen, der weitaus weniger einflussreiche Kenneth Kristensen Berth, hat bereits erklärt, dass er ein Referendum in Dänemark wünsche, wenn es Großbritannien gelänge, einen guten Deal mit der EU auszuhandeln.

Ähnliche Forderungen kommen von der radikalen Linken. So fordert die Einheitsliste (Enhedslisten) ein dänisches Referendum, und anders als bei der DF ist das auch offizielle Parteilinie. Während die DF bei der Wahl im Juni vergangenen Jahres auf 21 Prozent der Stimmen gekommen war, erreichte die Einheitsliste nicht einmal 8 Prozent. Allerdings ergeben die Umfragen derzeit eine ganz klare Mehrheit für den Verbleib in der EU – auch bei den DF-Anhängern. „Letztlich würde die DF gerne eine EU light haben“, sagt Tobias Etzold, Nordeuropa-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

In Schweden fordert die Linkspartei (Vänsterpartiet), die bei der Wahl 2014 knapp 6 Prozent der Stimmen erreichte, dass die schwedische EU-Mitgliedschaft neu verhandelt wird, und die rechten Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna, 13 Prozent) wollen ein Austrittsreferendum. Beide sitzen in der Opposition, an der Macht ist eine rot-grüne Minderheitsregierung.

Die Schwedendemokraten lehnen die EU-Mitgliedschaft ab, haben aber europäische Fragen nie zu einem großen Thema gemacht, sondern sich stärker auf Ausländerpolitik und innere Sicherheit konzentriert. Auch in Schweden gibt es in der Bevölkerung eine klare Mehrheit für den Verbleib in der EU. Anders als in Finnland, Norwegen und Dänemark ist eine Zusammenarbeit mit den Rechtspopulisten auf nationaler Ebene aber derzeit undenkbar. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Schwedendemokraten vom Anti-Europakurs abrücken müssen, um an die Macht zu kommen, ist also denkbar gering.

Clemens Bomsdorf ist Mitglied bei Weltreporter und Nordeuropa-Korrespondent u.a. für den Focus.

UNGARN

Geld statt Werte

Wenn Ungarns Regierungschef Viktor Orbán es fertig bringt, gleichzeitig die EU als „Monster“ zu beschimpfen und den Brexit zu bedauern, können nur handfeste Interessen dahinter stehen – in diesem Fall: die EU-Nettozahlungen an Budapest.

Die Europäische Union sieht er als administratives Monster und hässliche, imperiale Macht, EU-Beamte als „Reichsbürokraten“, die Brüsseler EU-Zentrale als „neues Moskau“, das Europa in eine „Epoche des liberalen Blablas“ geführt habe. Europa sei verloren, wenn es weiter an so nebensächliche Din-

ge wie Menschenrechte, Offenheit, neuartige Familienmodelle und Toleranz glaube, sagt er. Es müsse endlich wieder zum Christentum, zum nüchternen Verstand, zu militärischer Tugend und zum Nationalstolz zurückfinden.

So hört es sich an, wenn Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán über die EU und Europa spricht. Schon seit vielen Jahren tritt er als polemischer, mitunter demagogischer Euroskeptiker auf. Doch vor dem Brexit-Referendum in Großbritannien appellierte er inständig an die Briten, in der EU zu bleiben. Kurz vor der Abstimmung hatte er sogar eine ganzseitige persönliche Anzeige in der britischen Tageszeitung *Daily Mail* schalten lassen: „Sie entscheiden, aber ich möchte Sie wissen lassen, dass Ungarn stolz ist, neben Ihnen als Mitglied der Europäischen Union zu stehen.“ Das Abstimmungsergebnis kommentierte Orbán mit nüchternem Bedauern, nutzte es aber zugleich auch für neue Breitseiten gegen die EU: Die EU-Flüchtlingspolitik habe den Ausschlag für das Brexit-Votum gegeben.

Diese Reaktion auf den Brexit ist nur scheinbar widersprüchlich. Dass der Euroskeptiker Orbán hinter der EU-Mitgliedschaft steht, hat handfeste Gründe. Ungarn ist Nettoempfänger von EU-Fördermitteln und auf dieses Geld dringend angewiesen. Ohne die EU-Milliarden wäre man wirtschaftlich längst abgestürzt. Zugleich befürwortet eine klare Mehrheit der Ungarn die EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Zwar lehnen die allermeisten von ihnen die Flüchtlingspolitik der EU ab und stehen in dieser Frage hinter ihrem Regierungschef. Doch diese Frage einmal ausgeklammert, würden laut neuesten Umfragen zwei Drittel der Ungarn für einen Verbleib in der EU stimmen. Mehr noch: Innerhalb der vergangenen zwölf Monate wuchs die Zustimmung zur EU deutlich. Trotz der EU-feindlichen Rhetorik Orbáns und seiner Partei Fidesz ist die europäische Idee in Ungarn noch immer sehr populär – zu lebendig ist vielen die Erinnerung an die Abschottung unter der kommunistischen Diktatur.

Zudem profitieren immer mehr Ungarn von der Arbeitnehmerfreizügigkeit und den Bildungsmöglichkeiten in der EU: Hunderttausende Ungarn wanderten in den vergangenen Jahren aus dem Land aus, viele unterstützen ihre daheimgebliebenen Verwandten. Unter den Abgewanderten sind auch geschätzte 80 000 Ungarn, die in Großbritannien arbeiten. Ihr Status und ihre Existenz sind nun gefährdet.

Orbán ist sich dieser Stimmung bewusst. Wohl auch deshalb hat er eine Volksabstimmung über den EU-Verbleib Ungarns ausgeschlossen. Allerdings lässt er enge Mitarbeiter öffentlich über einen ungarischen EU-Austritt nachdenken, etwa Kanzleichef János Lázár, der Ende Juni auf einer Pressekonferenz einen EU-Austritt Ungarns „persönlich“ befürwortete. Gedacht war diese Aussage wohl zum einen als Test für die Reaktionen der Öffentlichkeit, zum anderen als Zugeständnis an die vielen Rechtsaußenwähler des Fidesz.

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

Viel bedeutender ist in diesem Zusammenhang jedoch das für den 2. Oktober angesetzte Referendum über die EU-Flüchtlingspolitik. Darin geht es um die geplanten Flüchtlingsquoten, die die ungarische Regierung ablehnt. Die Frage lautet: „Wollen Sie, dass die Europäische Union Ungarn auch ohne die Zustimmung des ungarischen Parlaments die verpflichtende Ansiedlung nichtungarischer Staatsbürger vorschreiben kann?“ Die ungarische Regierung will mit einem Mehrheits-Nein in dieser Frage laut eigener Aussage ein starkes Signal an Brüssel senden, Europas Grenzen abzuschotten und einen Zuwanderungsstopp zu deklarieren.

Doch es geht um mehr. Das Thema Migration und Flüchtlinge rettete Orbán Anfang 2015 aus einer innenpolitischen Krise, in der bereits über seinen Machtverlust diskutiert wurde. Seither hält er das Thema ganz oben auf der politischen Agenda – mit Erfolg. Auch seine Grundsatzkritik an der EU transportiert Orbán inzwischen fast ausschließlich über dieses Thema.

Diese Kritik besagt im Wesentlichen, dass die EU als „Europa der Nationen“ neu gestaltet werden müsse. Ein konkretes Programm dazu haben Orbán und seine Partei bisher ebensowenig vorgelegt wie andere mittelosteuropäische Politiker, die sich auch euroskeptisch positionieren. Im Wesentlichen wünscht sich Orbán eine EU, die Geld verteilt und Binnenmarktfragen regelt, die politischen Angelegenheiten dagegen weitgehend den einzelnen Mitgliedsländern überlässt. Und natürlich eine EU, die keinem Mitglied die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Werte vorschreibt. Zwar waren die EU-Rechtsstaatsmechanismen in den vergangenen Jahren nicht besonders effizient darin, Orbáns illiberal-antidemokratischen Staatsumbau Ungarns zu verhindern; aber der Wertekanon der EU hat verhindert, dass Orbán noch schrankenloser vorgehen konnte.

In jedem Fall schwächt der Brexit die Position Orbáns bei diesem Vorhaben – und nicht nur seine, wie der linke ungarische Philosoph G.M. Tamás in einem Essay schrieb: „Orbán, Kaczynski, Zeman und Fico wie auch der kroatischen und slowenischen Rechten kommt es gelegener, wenn die britischen Regierenden Europa aktiv von innen zersetzen statt ‚uns Mittelosteuropäer‘ allein zu lassen mit der deutschen Dominanz.“

Keno Verseck arbeitet als freier Journalist zu den Entwicklungen in Mittel- und Südeuropa.

GRIECHENLAND

Geier, Zinswucherer, Heuchler

Populismus ist in Griechenland nicht auf einzelne Parteien beschränkt, er ist fester Bestandteil der Politik. Und so hütet sich die Regierung bei aller Wut auf Brüssel auch, den Grexit zu fordern, denn: Die Bevölkerung möchte in der EU bleiben.

„Griechen hoffen, ohne zu denken. Bei Wahlen werfen sie ihren Verstand über Bord. Politik ist für sie Zauberei“, behauptet der griechische Philosoph Stelios Ramfos. Griechenlands Parteienlandschaft ist durchdrungen von Zaubere-

ern, Heilsversprechern und polternden Marktschreibern. Populismus ist ein fester Bestandteil griechischer Politik. Nahezu alle Politiker und Parteien versprechen das Blaue vom Himmel. „Die Ohren streicheln“, nennen es die Griechen. Großmeister im Streicheln waren die großen Volksparteien Pasok und Nea Dimokratia, deren beispielloser Populismus zum Kollaps des Landes beigetragen hat.

Doch der unselige Politikstil lebt fort, vor allem in der Krise. Er ist das Katalpult an die Macht. Wer nicht schnell genug nach oben gelangt, gründet kurzerhand seine eigene Partei. Jeder will Chef sein, denn der Chef ist unumschränkter Herrscher der Partei und zugleich ihr Programm. Die Populisten verstehen sich als das Fleisch und Blut des Volkes. Ihre vom Hellenozentrismus geprägte Weltanschauung ist manichäisch, ihre Wirklichkeit ein grobes Holzschnitzwerk. Sie nennen sich Volkseinheit, Anel, Goldene Morgenröte und Freiheitskurs.

Die beliebtesten Populisten sitzen auf der Regierungsbank, und ihr Chef heißt Alexis Tsipras. Er steht dem Populismus des großen Andreas Papandreou, Pasok-Gründer und dreimaliger Premierminister, in nichts nach. Tsipras, Chef des linken Wahlbündnisses Syriza, hatte ein sofortiges Ende des „Spardiktats“ versprochen. Am Ende führte er das Diktat fort, um das Land im Euro zu halten.

Nach dem Brexit-Votum sieht sich Tsipras bestätigt. Es sei die Quittung für den Umgang der Geldgeber mit der Finanzkrise und zeige die Unfähigkeit Europas, die Wirtschaftskrise zu bewältigen. Jetzt müsse die EU ihre Austeritätspolitik überwinden. Der Brexit sei die Chance zur Reformierung der EU. Tsipras fordert mehr Europa, ein Europa „der Solidarität und des aufrichtigen Zusammenspiels von Völkern und Staaten“.

Schwammig in ihren Vorstellungen ist auch die Volkseinheit, eine 2015 gegründete linke Abspaltung Syrizas. Sie ist die Zufluchtsstätte jener, die das Nein im griechischen Referendum als ein Ja zum Bruch mit den Gläubigern interpretieren. Für sie ist Alexis Tsipras ein am Euro klebender Verräter.

Panagiotis Lafazanis, Energieminister in der ersten Regierung von Alexis Tsipras und Chef der Volkseinheit, ist ein Mann hochtrabender Worte. Der Brexit sei die größte politische Bombe für Europa und die Welt seit dem Ende des Kalten Krieges, verkündet er. Er sei die Annullierung der neoliberalen Politik. Die Wiederherstellung der nationalen Souveränität sei ein Schritt im Kampf gegen ein deutsches, autoritäres und imperialistisches Europa, das sich im Prozess der Auflösung befinde. Lafazanis fordert den Ausstieg aus dem Euro, das Ende des Spardiktats und der Austeritätspolitik. Man müsse Großbritanniens Beispiel folgen und auf Kollisionskurs zur EU gehen, um ihre neoliberalen Fesseln abzuwerfen. „Sowohl Euro-Zone als auch EU können weder verbessert noch reformiert, sondern nur radikal beseitigt werden“, erklärte Lafazanis nach dem Brexit-Referendum.

Das ist Musik in den Ohren vieler von Regierung und EU zutiefst enttäuschter Griechen. Wer die Rebellion in die Hand nehmen soll, ließ Lafazanis im Ungewissen. Ebenso unklar bleiben die ökonomischen, monetären, sozialen und geopolitischen Alternativen, über die Griechenland angeblich zuhauf verfügt. Lafazanis hatte sich als Energieminister schon einmal auf die Suche nach den viel beschworenen Alternativen zur EU gemacht. In Peking und Moskau suchte

er Sponsoren, von Venezuela wollte er Erdöl, auch Erdgas aus dem Iran war im Gespräch. Alles scheiterte. Sollte der ersehnte „große demokratische Aufstand“ gegen die EU nicht bald losbrechen, bleiben der Volkseinheit nur die regulären Parlamentswahlen 2019, um an die Macht zu kommen. Wie steinig der Weg dorthin ist, zeigten die Wahlen im September 2015. Mit einem Stimmenanteil von 2,8 Prozent mussten die Revolutionäre der Volkseinheit zu Hause bleiben.

Weniger revolutionär, aber nie um einen unqualifizierten Kommentar verlegen, äußerte sich Panos Kammenos, Verteidigungsminister und Chef der Anel, der rechtspopulistischen Unabhängigen Griechen, zum Brexit. Die Partei ist der Koalitionspartner in der Regierung unter Alexis Tsipras. Der Ausstieg Großbritanniens aus der EU zeige, dass die Menschen es nicht hinnähmen, bedroht zu werden, erklärte Kammenos. Ein vereintes Europa sei nur möglich, wenn aus Verbündeten nicht erpresserische Geldgeber würden.

Damit verwies Kammenos, Nationalist, Fremdenfeind und Verschwörungstheoretiker, auf Deutschland. Er ist der Überzeugung, Deutschland sei eine Okkupationsmacht, die ganz Europa und insbesondere das an Erdöl- und Erdgasvorkommen vermeintlich reiche Griechenland in eine Schuldenkolonie verwandeln wolle. Der Brexit sei die Quittung dafür.

Populär waren Kammenos' Forderungen nach dem sofortigen Ende des „Spardiktats“ sowie nach Reparationen für die NS-Besatzung, die auf 162 Milliarden Euro plus Zinsen beziffert wurden. Nun, nach dem Brexit-Votum, freut er sich ganz besonders. Aus dem Abstimmungsergebnis leitet Kammenos, unausgesprochen und indirekt, die Forderung nach Neuverhandlungen mit den Geldgebern ab. Dass im britischen Referendum der Zuzug von Migranten eine zentrale Rolle gespielt hat, bestätigt ihn und andere Rechtspopulisten in ihrer

Auffassung, härter gegen die Einwanderung vorzugehen.

Ein Referendum über einen Grexit fordert der Parteichef der Anel allerdings nicht, denn die Mehrheit der Bevölkerung ist weder für den Ausstieg aus dem Euro noch für den Ausstieg aus der EU. Hinzu kommt, dass Anel in der Regierungskoalition mit Syriza kein Partner auf Augenhöhe ist. Mit lediglich zehn Sitzen im Parlament ist sie der Zwerg neben dem Riesen – ein rüpelhafter, aber pflegeleichter Koalitionspartner ohne Visionen und Ideen, der außer populistischem Lärm nichts zur Reformierung des Staates beiträgt. Und das ist auch nicht weiter wichtig, denn Chef Panos Kammenos hat den Posten, den er sich schon immer gewünscht hat. Endlich darf er im militärischen Tarnanzug durch das Land reisen und über Panzer und Kampfjets befehlen. Wie er sich die Schaffung von Arbeitsplätzen oder eine reformierte EU ohne Großbritannien vorstellt, bleibt, wie immer in Griechenland, das Geheimnis des Parteichefs.

Auch Nikos Michaloliakos, Chefideologe und unumschränkter Führer der drittstärksten Partei im Parlament, der neonazistischen Goldenen Morgenröte, hat außer Phra-

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

sen nichts zu bieten. Die Goldene Morgenröte begrüße den Sieg der patriotischen Kräfte Großbritanniens, Griechenland müsse gleichfalls eine Volksabstimmung abhalten und Europa zum Prinzip der Nationalstaaten zurückkehren. Die Goldene Morgenröte sei bereit, die vom Brexit beflügelten nationalistischen Kräfte Europas anzuführen, erklärte der Parteichef.

Anschließend wetterten er und sein Pressesprecher gegen die EU: Geier, Zinswucherer, Heuchler, die den Zustrom illegaler Migranten förderten und Griechenland versklavt hätten. Ginge es nach Michaloliakos, er würde noch heute Griechenland zu Europas neuen Supermacht ausbauen. Doch der Parteiführer ist derzeit an anderer Front beschäftigt. Seit 2015 stehen er und ranghohe Parteimitglieder wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht. Bei dem Tempo der griechischen Justiz werden bis zu einem rechtskräftigen Urteil vermutlich noch Jahrzehnte vergehen.

Bleibe Zoe Konstantopoulou. Ihre politischen Gegner nennen sie Robespierre und Diktatorin. Unter Syriza war sie Parlamentsabgeordnete, Parlamentspräsidentin und enge Vertraute von Tsipras. Sie versteht sich als Apologetin der Wahrheit und der Gerechtigkeit. Ihre Rhetorik ist geprägt vom orwellischen Neusprech. In kürzester Zeit hatte sie es mit ihren herablassenden Kommentaren geschafft, die gesamte Opposition gegen sich aufzubringen.

Aus Protest gegen die Unterzeichnung des dritten Sparpakets verließ Konstantopoulou Syriza und gründete im April 2016 die Partei Freiheitskurs. Sie fordert die Streichung der Schulden Griechenlands, die Rückkehr zur Drachme und die Wiederherstellung der Demokratie in der EU. Den Brexit verglich sie mit dem griechischen Referendum. Er sei das zweite Nein zur totalitären EU. Der Brexit habe bewiesen, dass es möglich sei, sich gegen das koloniale Brüssel zu erheben. Bei den Bürgern, in deren Namen Konstantopoulou unermüdlich spricht und um deren Würde sie zu kämpfen vorgibt, gilt sie längst als bloße Karikatur. Weder ihre Partei noch die der meisten Populisten haben gute Chancen, ins Parlament einzuziehen. Seit Syrizas gebrochenen Wahlversprechen herrschen Resignation und Verbitterung im Land. Stünden heute Wahlen an, würden viele Griechen eher zu Hause bleiben, als ihr Wahlrecht zu nutzen.

Richard Fraunberger berichtet u.a. für ZEIT, Süddeutsche, GEO und Mare aus Griechenland.

ITALIEN

Im Inneren der Institutionen

Dass Brüssels „undemokratische Allmacht“ ein Skandal sei, war für Beppe Grillo noch vor Kurzem ausgemachte Sache. Heute sieht der Chef der 5 Sterne das anders. Die Partei hat Spaß an der Macht gefunden – und damit an der EU.

Beppe Grillos Kehrtwende war abrupt. Am Tag des britischen Referendums, noch vor Bekanntgabe des Ergebnisses, ließ der Gründer der 5 Sterne-Bewegung über seinen Blog wissen: „Die 5 Sterne sind in der EU und werden sie

auch nicht verlassen. Warum sonst hätten wir unsere Leute dort hinschicken sollen? Natürlich, einiges funktioniert nicht in Brüssel. Aber um es zu ändern, muss man aus dem Inneren der Institutionen agieren.“

Es ist noch nicht lange her, da wettete Beppe Grillo, ebenso wie die Lega Nord, gegen die „undemokratische Allmacht“ Brüssels. Außerdem stellen die 5 Sterne zusammen mit Nigel Farage's Ukip die Fraktion der EU-Skeptiker „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ in Straßburg. Und so war auch die linksliberale Tageszeitung *Repubblica* nicht wenig über Grillos Sinneswandel verblüfft – zumal der 5 Sterne-Chef das eigentlich versprochene Referendum über den Verbleib Italiens in der Euro-Zone mittlerweile mit keinem Wort mehr erwähne.

In den Medien wurde anschließend eifrig darüber spekuliert, ob Grillos neue Einstellung gegenüber der EU mit dem Erfolg bei den jüngsten Kommunalwahlen zu tun haben könnte. Immerhin gewann die Bewegung Anfang Juni in 19 Klein- und Großstädten und stellt jetzt 38 Bürgermeister landesweit. Vor allem die Wahlerfolge in der ehemaligen Automobilmetropole Turin und in Rom gelten als strategisch bedeutsam, hofft man doch, nach der Übernahme der Regierungsverantwortung in der Hauptstadt über kurz oder lang auch Palazzo Chigi, den Sitz der Regierung, zu erobern.

Staatsmännische Weitsicht

Hinzu kommt, dass die Bewegung in steigendem Maße Gefallen am Regieren zu finden scheint. Noch vor einem Jahr schrieb der Politologe Ilvo Diamanti in der *Repubblica*: „Nur ein knappes Drittel der 5 Sterne-Anhänger würde eine Regierungsbeteiligung begrüßen.“ Heute wäre eine Mehrheit dafür. Das mag auch mit der Anfang Juli in Kraft getretenen Reform des Wahlgesetzes zu tun haben, derzufolge eine Partei, die beim ersten Wahlgang 40 Prozent der Stimmen bekommt oder die Stichwahl gewinnt, eine Prämie erhält, die ihr die Stimmenmehrheit im Parlament garantiert. Und Anfang Mai lag die 5 Sterne-Bewegung mit 28,4 Prozent sogar vor Matteo Renzis Partito Democratico (28 Prozent).

So übt man sich auch in Sachen EU schon einmal in staatsmännischer Weitsicht – auch weil laut einer Meinungsumfrage des Ixo-Instituts 68 Prozent der Italiener für den Verbleib in der EU sind. Unstimmigkeit gibt es jedoch beim Thema NATO. Grillo wäre für einen Austritt, Luigi Di Maio, stellvertretender Vorsitzender des Abgeordnetenhauses und möglicher Spitzenkandidat bei den kommenden Parlamentswahlen, plädiert für einen schrittweisen Abbau der italienischen Truppen in den NATO-Missionen.

„Tatsache ist: Sollte es den 5 Sternen gelingen, Rom zu verwalten, dann wären sie auch in der Lage, das Land zu regieren“, meint Paolo Becchi, der frühere Chefideologe der Bewegung. Doch ob das klappt? Da hat Becchi so seine Zweifel. Bis kurz vor der Wahlkampagne war die neue Bürgermeisterin Roms, die 37-jährige Virginia Raggi, eine eher unbekannte Rechtsanwältin. Gewonnen hat sie, meinen viele, nicht so sehr wegen ihrer eigenen Verdienste, sondern aufgrund der desaströsen Performance ihrer Vorgänger: dem in Vetternwirtschaft tief verstrickten rechtskonservativen Gianni Alemann-

no und dem sozialdemokratischen Wirtkopf Ignazio Marino, dessen eigentlicher Fachbereich die Chirurgie ist.

Noch dazu wäre Rom auch für einen gestandenen Politiker eine ziemliche Herausforderung. Die Ewige Stadt sitzt auf einem Schuldenberg von zwölf Milliarden Euro; sie war in den vergangenen Jahren Schauplatz zahlreicher Korruptionsskandale, bei denen auch Politiker, Stadträte, Beamte und Mafia die Hände mit im Spiel hatten; der öffentliche Verkehr ist dem Zusammenbruch nahe, und auf die dritte U-Bahnlinie warten die Römer schon seit 20 Jahren. Nicht minder katastrophal ist die Müllversorgung; erst kürzlich titelte der *Corriere della Sera*: „Das neue Kinderspiel in Roms Vorstadtvierteln: Ratten zählen.“

Nun ist die Ehrlichkeit, „onestà“, auf die sich die 5 Sterne immer wieder beziehen, in der Tat eine lobenswerte Tugend, auch wenn man mit ihr allein keine Stadt verwalten kann. Doch haben die Fälle Federico Pizzarotti, seit 2012 Bürgermeister von Parma, und Filippo Nogarini, seit 2014 Bürgermeister von Livorno, bewiesen, dass es auch mit der „onestà“ bei den 5 Sternen nicht immer so weit her ist: Gegen beide und einige ihrer Mitarbeiter laufen mittlerweile Ermittlungen wegen mutmaßlichem Amtsmissbrauch, Geldunterschlagung und Vetternwirtschaft. Allerdings verlangt die Chronistenpflicht, nachzutragen, dass gerade Pizzarotti durchaus so einiges auf die Beine gestellt hat: So ist der Schuldenberg Parmas unter seiner Ägide von 860 auf 500 Millionen Euro gesunken. Zwar konnte er, anders als im Wahlkampf versprochen, den Bau einer großen Müllverbrennungsanlage nicht verhindern – aber dafür funktioniert die unter ihm eingeführte Mülltrennung so gut, dass die Anlage nur zu 50 Prozent genutzt wird.

Andrea Affaticati arbeitet als freie Journalistin u.a. für Il Foglio in Mailand.

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar